

Berichte	Bd. 90, H. 2, 2016, S. 135–156	Leipzig
----------	--------------------------------	---------

Charlotte RÄUCHLE, Berlin

## **Migrantische Ökonomien in kleineren Großstädten. Governance und Inwertsetzung im Kontext neoliberaler Stadtpolitiken<sup>1</sup>**

**Migrant economies in medium-sized cities. Governance and valorisation in the context of neoliberal urban politics**

### **Summary**

The potentials of migrant economies for urban and regional development have been highlighted in research. On the one hand, they are celebrated as being crucial factors contributing to a city's prosperity. Thus, adequate support infrastructure on the local level is demanded. On the other hand, this notion of mainly economic "valorisation" is criticized as being neoliberal. Nevertheless, this article argues that both perspectives are often still conceptual ones. Empirical analysis is missing at least with regard to the role of migrant economies in medium-sized cities/small metropolises. Taking this gap in research as its starting point, this paper asks if a new local policy field "migrant economies" (governance arrangements and policies) has developed in recent years. Rostock and Braunschweig serve as case studies and the neoliberal city-concept frames the analysis. The article argues that the supposed change in terms of governance arrangements and political contents cannot be confirmed. Even if migrant economies are present in Braunschweig's and Rostock's local politics, they are nevertheless neglected as an economic, social, political and cultural factor. This means there is no general trend to include migrant economies into urban and regional developments.

**Keywords:** migrant economies, urban and regional development, governance, neoliberal city, small metropolis – migrantische Ökonomien, Stadt- und Regionalentwicklung, Governance, neoliberale Stadt

---

<sup>1</sup> Ich möchte mich bei der DFG für die finanzielle Unterstützung des Projekts „Migrantische Ökonomie als Potential der Stadt- und Regionalentwicklung“ sowie bei Prof. Dr. Henning Nuißl, Prof. Dr. Antonie Schmitz, Susen Engel und Isabella Stingl für ihre hilfreichen Kommentare und Unterstützung bedanken. Mein Dank geht auch an die beiden anonymen Gutachter/innen, die durch ihre ausführlichen Kritiken wesentlich zur Schärfung des Artikels beitrugen.

## 1 Einleitung

Die Potentiale, die migrantische Ökonomien für Stadt- und Regionalentwicklungen entfalten können, werden in der Forschung hinlänglich benannt und systematisiert. Zu „migrantischen Ökonomien“ zählen hier in Anlehnung an gängige Definitionen und die internationale *immigrant entrepreneurship*-Forschung die „selbstständige Erwerbstätigkeit von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland und abhängige Beschäftigung in von Personen mit Migrationshintergrund geführten Betrieben [...], die [...] einem spezifischen migrantischen Milieu“ (SCHULERI-HARTJE et al. 2005, 21) verbunden sind. Daran anschließend werden in Anlehnung an NUISSL & SCHMIZ (2013, 182; vgl. auch Statistisches Bundesamt 2016) im Folgenden die Personen synonym als Migrant/innen bzw. Personen mit Migrationshintergrund bezeichnet, die unabhängig von ethnischen Kontexten und/oder Staatsangehörigkeit selbst oder durch ihre Eltern eine internationale Zuwanderungsgeschichte aufweisen. Generell besteht in der Migrations- und Integrationsforschung die Schwierigkeit der adäquaten begrifflichen Beschreibung der Subjekte im Zentrum der Untersuchungen. Mit der Bezeichnung einer Gruppe von Personen als „migrantisch“ bzw. mit „migrantischer Ökonomie“ geht so immer die Festschreibung von (ethnischen) Differenzen einher. Die Zusammenfassung von bestimmten Personen zu einer Gruppe entspricht allerdings auch der Logik des für den vorliegenden Artikel zentralen Governance-Konzepts, das die Analyse politischer Strukturen basierend auf der Bildung spezifischer Akteursgruppen vorsieht.

Migrantisch geführte Betriebe geraten vor allem unter wirtschafts-, insbesondere arbeitsmarktpolitischer, aber auch gesellschaftspolitischer Perspektive in den Blick des stadt-, wirtschafts- und migrationsgeographischen Diskurses (vgl. z. B. NUISSL & SCHMIZ 2015, 27 f.; NUISSL & SCHMIZ 2013, 182 f.; LEICHT & LANGHAUSER 2014; SCHULERI-HARTJE et al. 2005, 76 ff.). Sie tragen demnach zur Aufwertung und sozioökonomischen Stabilisierung von Nachbarschaften – zum sozialen Zusammenhalt ganz allgemein –, zur Sicherung der Nahversorgung sowie zur Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bei (vgl. z. B. AVER 2013; FISCHER-KRAPOHL & WALTZ 2005; FÜRST & BALKE 2013; HENN 2010; KAYSER et al. 2008; YILDIZ 2011). Ein positiver Effekt für Quartiersentwicklungen wird in der transnationalen Ausrichtung von Unternehmen gesehen, weil z. B. bei einer lokalen Clusterbildung transnationale Ökonomien dynamisierend auf lokale wirken können (FÜRST & BALKE 2013, 251). Schließlich werden migrantisch geprägte Viertel, deren sichtbarster Ausdruck zunächst migrantische Geschäfte sind, auch als weiche Standortvorteile im allgemeinen Städtewettbewerb anerkannt. Sie tragen zum kosmopolitanen Flair einer Stadt bei, der als solcher attraktiv und vermarktbar für Tourist/innen und Personen aus der Wissens- bzw. Kreativökonomie gilt (AYTAR & RATH 2012; HILLMANN 2011, 15). Migration und Diversität werden somit zu urbanen Ressourcen ganz allgemein und stigmatisierende Diskurse („Parallelgesellschaft“) treten hier in den Hintergrund (YILDIZ 2011). In diesem Zusammenhang gewinnt in der Forschung auch die Untersuchung von Strategien zur besonderen Förderung und Inwertsetzung migrantischer Ökonomien an Relevanz (z. B. AVER 2013; DI BELLA 2013; NUISSL & SCHMIZ 2013; RATH & SWAGERMAN 2011; REIMANN & SCHULERI-HARTJE 2009; SYRETT & SEPULVEDA 2012).

Allerdings beschäftigt sich nicht nur die Forschung mit den Potentialen migrantischer Ökonomien. Auf Bundes- und Landesebene schlägt sich die potentialorientierte Perspektive in Förderprogrammen wie der Fachstelle „Migrantenökonomie“ des Netzwerks IQ nieder, wenn auch nicht mit explizit stadtentwicklungspolitischem Fokus (IQ 2016). Die in der Forschung betonte Bedeutung migrantischer Ökonomien für einzelne Stadtteile findet ihren Ausdruck etwa im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ (NUSSL & SCHMIZ 2013, 182).

Diese potentialorientierte und inwertsetzende Perspektive, nicht nur auf migrantische Ökonomien, sondern auf Migration allgemein, kann aus dem Blick einer kritischen Stadt- und Migrationsforschung auch als ein Indikator für eine „neoliberale“ Stadtpolitik gedeutet werden. Der dahinterstehende Diskurs beschäftigt sich mit dem vermeintlichen oder tatsächlichen Wandel von der „traditionellen europäischen Stadt“ zur „modernen neoliberalen Stadt“ (RODATZ 2012). Im hier behandelten kommunalen Kontext wird ein inhaltlicher Paradigmenwechsel konstatiert, der verkürzt als Wandel von einer „defizitorientierten Ausländer- und Integrationspolitik“ zu einer „potentialorientierten Stadtentwicklungs- und Wirtschaftspolitik“ beschrieben werden kann (HÄUSSERMANN & KAPPHAN 2008; PÜTZ & RODATZ 2013). Selbstverständlich behält Integrationspolitik als eigenständiges Feld weiterhin seine Bedeutung. Dabei ist die flächendeckende Einführung kommunaler Integrationskonzepte Ausdruck dieses neuen Blicks auf Migration als urbane Ressource. Besonders die konstatierte Querschnitts-, Potential-, Netzwerk- und Sozialraumorientierungen von Integrationspolitiken werden „als Teil neoliberaler Rationalitäten städtischen Regierens“ (PÜTZ & RODATZ 2013, 167) verstanden. Integrationspolitiken werden so in die Logik der „unternehmerischen Stadt“ eingefügt (HARVEY 1989; HEEG & ROSOL 2007; LANZ 2007; RODATZ 2014). Dabei rücken auch migrantische Ökonomien, also unternehmerisch tätige Migrant/innen, in den Blick.

Mit dem inhaltlich veränderten Fokus von Integrationspolitiken werden ein verändertes Steuerungsverständnis und Verwaltungshandeln verknüpft. Danach geht der Trend in der neoliberalen Stadt von hierarchisch-anordnenden Formen des Regierens (Government) hin zu pluralistisch-kooperativen Formen der (Selbst-)Steuerung (Governance) (HARVEY 1989; JESSOP 2002). Dies alles übersetzt sich auf städtischer Ebene in Aktivierungsstrategien für die Stadtbewohner/innen im Sinne eines Empowerments. Dabei wird die wirtschaftliche oder unternehmerische Dimension kommunaler Politik um eine sozial-integrative auf Quartiersebene ergänzt, mit der im Sinne des kommunitaristischen Paradigmas Eigeninitiative und Selbstorganisation gefördert werden (HEEG & ROSOL 2007). In diesem Zusammenhang werden auch migrantische Netzwerke gestärkt. In konzeptionell-theoretischer Hinsicht lässt sich aus diesen Überlegungen eine Verbindung zwischen lokalen Politiken, die sich mit migrantischen Ökonomien beschäftigen, urbaner Governance und neoliberaler Stadtpolitik ableiten. Diese Zusammenhänge werden im Folgenden einer empirischen Prüfung unterzogen.

Unabhängig davon, ob man der These der neoliberalen Restrukturierungen von Städten zustimmt oder nicht, fällt auf, dass bisher der spezifisch räumliche Kontext nicht genügend in die Analyse des Zusammenhangs von migrantischen Ökonomien

und Stadt-/Regionalentwicklungen einbezogen wurde. Zwar entstand und entsteht eine steigende Anzahl von Studien, die diesen Zusammenhang im metropolitanen Kontext in großen Großstädten<sup>2</sup> untersuchen (vgl. z. B. SCHMIZ 2011; STOCK 2013), jedoch werden spezifische Studien zur lokalen Situation von migrantischen Ökonomien immer noch von einem „Metropolenbias“ dominiert und weitere Stadt- und Gemeindetypen (BBSR 2014) bleiben weitgehend ausgespart. Dabei gibt es eine Reihe von Argumenten, sich mit kleineren Großstädten zu beschäftigen, in denen ein wesentlicher Teil aller Migrant/innen lebt (vgl. GANS & SCHLÖMER 2014). In der (geographischen) Stadt- und Migrationsforschung setzte sich zunehmend die Einsicht durch, dass Stadttypen, die nicht den großen Großstädten zugeordnet werden können, teilweise anderen Entwicklungsbedingungen unterworfen sind. In ihnen prägen sich Phänomene wie etwa Migration und neoliberale Restrukturierungen anders aus, und zwar nicht im Sinne einer bloß nachholenden Modernisierung (ALISCH & MAY 2011; BELL & JAYNE 2009; GLICK SCHILLER & Çağlar 2009, 2011). So ist in Bezug auf den hier behandelten Zusammenhang durchaus fraglich, welche Rolle migrantische Ökonomien im lokalen Raum spielen und welche Governancearrangements sich dort bilden (vgl. CAPONIO & BORKERT 2010). Es ist nicht zu erwarten, dass sich die hier dargestellten Ergebnisse auf andere Stadt- und Gemeindetypen als die der kleineren Großstädte übertragen lassen.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Forschungslücken geht der Artikel am Beispiel der kleineren Großstädte Braunschweig und Rostock folgenden Fragen nach:

- Werden migrantische Ökonomien als Potentiale für die Stadt- und Regionalentwicklungen in kleineren Großstädten anerkannt?
- Entsteht diesbezüglich ein neues Politikfeld als Querschnittsaufgabe der Politikfelder Integration, Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung mit entsprechenden Governancearrangements und Inhalten?
- Inwiefern lassen sich die politischen Strukturen und Inhalte eines solchen neuen Themenfeldes – falls es sich in kleineren Großstädten herausbildet – als neoliberal bezeichnen?

## 2 Methodisch-konzeptionelles Vorgehen

Das fallstudienbasierte Forschungsdesign kombiniert im Sinne eines Methodenmix Dokumentenanalyse (1) und Expert/inneninterviews (2). Bedingt durch die geringe Zahl von Studien zur migrantischen Ökonomie und Stadtentwicklung in kleineren Großstädten ist die Untersuchung explorativ angelegt (FLICK 2006, 17 f.). Die Frage, welche Akteurskonstellationen sich im Feld der migrantischen Ökonomie bilden, wird mit Hilfe eines Governance-Ansatzes untersucht (3).

(1) Die systematische, kriteriengeleitete Erhebung und Analyse von Dokumenten dienten dazu, einen Überblick sowohl über kommunale Fördermaßnahmen für

---

<sup>2</sup> Die vorliegende Studie bezieht sich bei der Einordnung der Fallstudienstädte auf die vom BBSR entwickelte Stadt- und Gemeindetypologie und wählt daher die etwas sperrige Formulierung der „kleineren Großstädte“ um Braunschweig und Rostock zu typisieren. Laut BBSR bezieht sich diese Typologie „auf die Funktion und die Bedeutung der Städte mit Blick auf ihre Größe“ (BBSR 2014).

migrantische Ökonomien als auch über die relevanten Akteure in Braunschweig und Rostock zu bekommen (SALHEISER 2014). Die ausgewählten Dokumente entstammen öffentlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Sphären. Es handelt sich dabei z. B. um Integrationskonzepte und Infobroschüren mit Angeboten für migrantische Unternehmer/innen.

(2) Interviews wurden mit unterschiedlichen kommunalen Schlüsselakteuren aus den Bereichen Integration, Wirtschaftsförderung sowie Stadt- und Regionalentwicklung geführt (n = 43; Braunschweig = 21, Rostock = 22). Die Mehrzahl der Interviews waren als leitfadengestützte Expert/inneninterviews angelegt (GLÄSER & LAUDEL 2010; PRZYBORSKI & WOHLRAB-SAHR 2014, 118 ff.; ULLRICH 1999). Die zwischen April 2014 und November 2015 durchgeführten Interviews fokussierten sich auf folgende Themenbereiche: erstens auf den Zusammenhang von Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Migration; zweitens auf die lokalen Governancearrangements, Zuständigkeiten und Angebote der Politik, Verwaltungen und Verbände in den Politikfeldern Integration, Stadt- und Regionalentwicklung sowie Wirtschaftsförderung. Dabei lag der Schwerpunkt jeweils auf wirtschaftlich selbstständigen Tätigkeiten von Personen mit Migrationshintergrund. In zehn der 43 geführten Expert/inneninterviews werden eine oder beide der interviewten Personen als Vertreter/innen der migrantischen Ökonomie verstanden: Sie verfügen selbst über einen Migrationshintergrund und über spezifisches Wissen zu relevanten Strukturen und Prozessen innerhalb der migrantischen Ökonomie. Größtenteils sind diese zehn Expert/innen selbst als Unternehmer/innen tätig (gewesen). Des Weiteren sind sie über ihre Beratungstätigkeiten für migrantische Unternehmer/innen in das Feld involviert.

Zur Auswahl der Interviewpartner/innen wurde das Sampling nach vorab festgelegten Kriterien mit dem *snowball sampling* kombiniert (PRZYBORSKI & WOHLRAB-SAHR 2014, 182 ff.). Abbildung 1 gibt einen Überblick über die Zugehörigkeit der interviewten Personen zu den Governance-Bereichen Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Während im öffentlichen und wirtschaftlichen Bereich vor

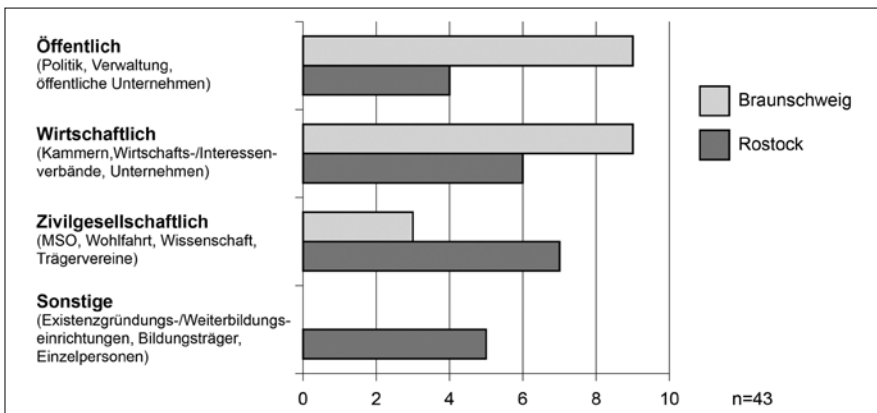


Abb. 1: Sample von Expert/inneninterviews

Fig. 1: Sample of expert interviews

allem Vertreter/innen der kommunalen Verwaltungen und privater Unternehmen (Public Private Partnerships, PPP) erfasst werden, bezieht sich der Bereich Zivilgesellschaft besonders auf Migrantenselbstorganisationen (MSO). Unter „Sons-tige“ werden Personen aufgeführt, die nicht klar zugeordnet werden können oder unabhängig von Organisationen agieren. Sie werden im Folgenden zur Zivilgesellschaft gezählt. In der Ungleichverteilung zwischen Rostock und Braunschweig drückt sich auch eine unterschiedliche Akteursstruktur aus, etwa die höhere Anzahl von Einzelunternehmer/innen in Braunschweig. Die Interviews wurden transkribiert und in ausführlichen Gesprächsprotokollen festgehalten und anschließend mithilfe des Textanalyseprogramms MAXQDA – orientiert an den Prinzipien einer qualitativen Inhaltsanalyse – in Bezug auf die zentralen Fragestellungen hin ausgewertet (GLÄSER & LAUDEL 2010, 197 ff.). Es wird nur dann auf Unterschiede zwischen den Fallstudienstädten verwiesen, wenn diese offensichtlich auftreten.

Ergänzend zu den Expert/inneninterviews wurden in beiden Städten exemplarisch problemzentrierte Interviews mit Unternehmern geführt, die sich auf persönliche Unternehmensgeschichten und die Wahrnehmung des kommunalpolitischen Umfelds konzentrierten (WITZEL 2000). Gruppendiskussionen fanden einerseits mit kommunalen Schlüsselakteuren v. a. aus dem Bereich Wirtschaft statt, in denen die bereits in den Einzelinterviews aufgeworfenen Themen noch einmal vertieft wurden (LAMNEK 2010, 372 ff.). Zudem gab es eine Gruppendiskussion mit Unternehmerinnen.<sup>3</sup> Darüber hinaus wurden teilnehmende Beobachtungen auf Veranstaltungen durchgeführt, die sich teils spezifisch an wirtschaftlich selbstständige Migrant/innen richteten, z. B. Existenzgründungs- und Unternehmer/innenstammtische. Die Verfasserin nahm auch an integrations- und wirtschaftspolitischen Treffen teil. Die problemzentrierten Interviews, Gruppendiskussionen und die Teilnahme an den genannten Veranstaltungen nehmen im Rahmen dieser Untersuchung nur eine „flankierende Funktion“ ein und werden nicht systematisch ausgewertet (FÜRST & BALKE 2013, 252).

(3) Anders als in der traditionellen Politikfeldanalyse wird hier nicht ein schon etabliertes lokales Politikfeld als Ausgangspunkt der Untersuchung genommen, sondern ein an Bedeutung gewinnendes, querschnittsorientiertes Themenfeld (SCHNEIDER & JANNING 2006). Das bedeutet, dass weder die Inhalte der Politik klar umrissen noch die institutionellen Arrangements fest strukturiert sind (MAYNTZ 2010, 42 ff.). Mit Governance als einem konzeptionell-heuristischen Gerüst (NUISSEL & HEINRICHS 2006, 64) werden allgemein Akteurskonstellationen und Aushandlungsprozesse in der Politik erfasst, die durch überlagernde Normen und Werte geprägt werden (KOOIMAN 2003). An den Strukturen und Prozessen sind staatliche/kommunale, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt, die in hierarchischen, wettbewerblichen und kooperativen Beziehungen stehen. Letztere können sich auf formelle bzw. institutionalisierte wie auf informelle bzw. nicht-institutionalisierte Weise ausprägen (BENZ & DOSE 2010, 24 f.; SCHARPF 2000, 123 ff.). Der Governance-Ansatz ist prinzipiell offen; mit ihm wird zunächst kein spezielles Modell des Regierens bzw. Steuerns verbunden, auch wenn Gover-

---

<sup>3</sup> Diese Gruppendiskussionen wurden mit dem Ziel geführt, gruppenbezogene Deutungsmuster abzufragen. Diese haben jedoch für den vorliegenden Artikel nur eine nachrangige Bedeutung.

nance häufig als horizontal und kooperativ angelegt verstanden wird. Dem Ansatz fehlt eine kausalanalytische Dimension (BENZ & DOSE 2010, 25).

In der Governance-Analyse müssen auch die territorialen Kontexte von Politik berücksichtigt werden, d. h. „die unterschiedlichen Ausprägungen und die unterschiedliche Dichte der Institutionalisierung von Politik“ (BENZ & DOSE 2010, 28). Da die vorliegende Studie die kommunalen Strukturen in Braunschweig und Rostock untersucht, wird das Konzept der „Local“ bzw. „Regional Governance“ herangezogen. Da Kommunen in vertikale Politikstrukturen eingebunden sind, darf allerdings die Mehrebenendimension von Governance nicht vernachlässigt werden. Local Governance wird vor allem durch Nähe geprägt – nicht nur in räumlicher, sondern auch in sachlicher, sozialer oder kommunikativer Perspektive. Das Local Governance-Konzept wird in verschiedenen Ausrichtungen genutzt: Erstens beschreibt es wiederum ganz allgemein eine Pluralität von kommunalen Akteuren und politischen Steuerungsmodi in struktureller und prozessualer Hinsicht. Zweitens wird es auf kooperative Beziehungen – vornehmlich in kooperativen Netzwerken – fokussiert. Drittens wird der Blickwinkel noch enger auf das *autonomous, self-organising network* verengt, d. h. auf Selbst-Regierung und -Steuerung (HOLTKAMP 2007, 369; FÜRST 2010). Auch die Forschung zu migrantischen Ökonomien in Großstädten konzentriert sich vielfach auf informelle Beziehungsgeflechte (z. B. FLOETING 2009). In diesem Aufsatz wird dagegen zunächst einmal keine Verengung des Governance-Ansatzes auf einen bestimmten Regierungs- bzw. Steuerungsmodus vorgenommen. Das Local Governance-Konzept betont zudem die intermediäre Stellung der Region, angesiedelt zwischen lokalen, nationalen und europäischen Politiken (BENZ & DOSE 2010, 29).

Die Aussagen lokaler Akteure hinsichtlich der Governancearrangements sind nicht einheitlich und beruhen auf deren subjektiven Einschätzungen sowie den Interpretationen der Verfasserin. Die Beziehungen werden daraufhin untersucht, ob es sich bei ihnen um kooperative und/oder wettbewerbliche bzw. um formelle und/oder informelle handelt. Hierarchische Beziehungen sind in diesem Themenfeld u. a. deswegen von nachrangiger Bedeutung, weil die kommunale Verwaltung nur eine untergeordnete Rolle spielt.

### 3 Die Fallstudienstädte Braunschweig und Rostock

Die Fallstudienstädte Braunschweig und Rostock wurden nach verschiedenen Kriterien ausgewählt: Sie sollten hinreichend groß, aber keine großen Großstädte sein, sowie eine „kritische Masse“ an migrantischer Ökonomie besitzen. Sie sollten sowohl einen ost- als auch einen westdeutschen Fall repräsentieren, um dem Umstand gerecht zu werden, dass alte und neue Bundesländer auf sehr unterschiedliche Zuwanderungsgeschichten zurückblicken.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Seit dem Zeitraum der Erhebungen (April 2014 bis November 2015) haben sich in Rostock und Braunschweig einige Veränderungen in der Verwaltungsstruktur für Migrationsfragen ergeben, die jedoch für die vorliegende Studie keine Relevanz besitzen und daher vernachlässigt werden können.



In Braunschweig leben rund 253.000 Einwohner/innen (31.12.2015), von denen 25,6 % einen Migrationshintergrund haben (STADT BRAUNSCHWEIG 2016, 2). Von diesen 64.737 Personen mit Migrationshintergrund besitzen 25.676 (10,2 % der Gesamtbevölkerung) eine ausländische Staatsangehörigkeit. Insgesamt sind 17.309 Gewerbe gemeldet (Stand 30.06.14; Gewerbeamt Braunschweig, eigene Berechnungen). 1.945 von ihnen (11,2 %) werden von Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit geführt, die meisten von polnischen (691 = 4 %), türkischen (328 = 1,9 %) und italienischen (118 = 0,7 %) Zuwanderer/innen.<sup>5</sup> Die Gewerbedaten machen deutlich, dass Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft Betriebe v. a. im Wirtschaftszweig „Sonstige“ führen, gefolgt von Handwerk und Handel.<sup>6</sup> Allgemein entwickelte sich die migrantische Ökonomie in Braunschweig von der typischen Nischenökonomie der ersten Generation von „Gastarbeiter/innen“ hin zu ökonomischen Tätigkeiten in einer Reihe anderer Wirtschaftszweige (SCHULERI-HARTJE et al. 2005, 24 f.; WEBER 1993). Ein ausgeprägtes räumliches Cluster migrantischer Ökonomien gibt es nicht.

Rostock hat ca. 206.000 Einwohner/innen (Stand 31.12.2015). Derzeit besitzen etwa 13.300 von ihnen (6,7 % der Gesamtbevölkerung) einen Migrationshintergrund, von denen wiederum ca. 8.000 Menschen keine deutsche Staatsbürgerschaft (3,9 % der Gesamtbevölkerung) haben (HANSESTADT ROSTOCK 2014, 7). Insgesamt sind etwa 14.400 Gewerbe gemeldet; 808 (6 %) werden dabei von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit geführt, die meisten von solchen mit vietnamesischer (128 = 0,9 %), litauischer (74 = 0,5 %) und ukrainischer (51 = 0,4 %) Staatsangehörigkeit (Stand 30.06.14; Gewerbeamt Rostock, eigene Berechnungen). In absoluten Zahlen finden sich die meisten von Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft geführten Betriebe wie in Braunschweig im Wirtschaftszweig „Sonstige“, gefolgt von Handel und Handwerk. Insgesamt ist die migrantische Ökonomie in Rostock eher kleinbetrieblich strukturiert und wie in Braunschweig räumlich nicht konzentriert.

## **4 Migrantische Ökonomien in Braunschweig und Rostock – empirische Ergebnisse**

### *4.1 Lokale Akteure und deren Konstellationen im Feld der migrantischen Ökonomie*

Abbildung 2 gibt einen Überblick über Akteure, die das Feld der migrantischen Ökonomie auf lokaler Ebene in Braunschweig und Rostock prägen. Zum einen wird die Mehrebenen-Governance deutlich – nationale Förderprogramme schaffen wichtige Anreizstrukturen für lokale Akteure –, zum anderen werden von den befragten Per-

---

<sup>5</sup> Gewerbe, die von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund geführt werden, werden nicht gesondert ausgewiesen.

<sup>6</sup> Leider lassen die Daten der städtischen Gewerbeämter keine genaueren Angaben zur Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige zu. Der Bereich Gastronomie, in dem viele migrantische Unternehmer/innen aktiv sind, fällt unter den Zweig „Sonstige“.



sonen die Einrichtungen/Personen hervorgehoben, die besonders relevant sind: u. a. MSO, Industrie- und Handelskammern (IHKs), Handwerkskammern (HWK), Gründer/innennetzwerke, Ämter für Soziales und Migration, kommunale Wirtschaftsförderungen, Bildungsträger und einzelne Unternehmer/innen. Jobcenter und die Bundesagentur für Arbeit werden im Folgenden vernachlässigt, obwohl es Verbindungen zwischen diesen und lokalen Akteuren im Feld der migrantischen Ökonomie gibt.

Öffentliche Akteure: In beiden Städten sind Politik und Verwaltung im Feld der migrantischen Ökonomie schwach vertreten. Das gilt für die Vertretungsorgane (Bürgerschaft, Stadtrat) und ihre Ausschüsse ebenso wie für die Parteien. Anfragen bei Parteien bestätigen, dass diese sich kaum mit migrantischer Ökonomie beschäftigen, auch wenn damit verbundene Themen wie Selbstständigkeit durchaus Interesse finden. In Braunschweig war das „Büro für Migrationsfragen“ als Teil der Kommunalverwaltung in themenbezogene Projekte eingebunden. Die übergeordnete Frage ist auch hier, wie das Themenfeld verstanden wird – ob es eher um Integration oder um Wirtschaftsförderung geht. Ein Interviewpartner merkte kritisch an, dass es Initiativen zur Förderung selbstständiger Migranten gebe, diese in Braunschweig aber im Sozialreferat und nicht in der Wirtschaftsförderung angesiedelt seien. Dort seien sie nicht richtig verankert. Zwar kann die eigene Erhebung diese Meinung nicht bestätigen, sie verdeutlicht aber den grundsätzlichen Konflikt. Einrichtungen für Stadt- und Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung oder Gründungsberatung wie z. B. „Braunschweig Zukunft“ sind durchaus in Projekte involviert und für migrantische Ökonomien sensibilisiert. Die Rolle der Agenturen für Arbeit und Jobcenter im Feld der migrantischen Ökonomie besteht u. a. in der Bereitstellung finanzieller Ressourcen und weitergehender Unterstützungsmaßnahmen (ISM 2012; SCHULERI-HARTJE et al. 2005, 90 f.). Mit verschiedenen Initiativen ist das Thema bei Politik und Verwaltung in Braunschweig stärker verankert als in Rostock. Thematisiert werden könnten an dieser Stelle auch die unterschiedlichen „Traditionen“ von Integrationspolitiken in inhaltlicher Perspektive und deren kommunalpolitische Verankerung. Historisch bedingt ist das Feld in Braunschweig schon länger besetzt. Die formalen Strukturen sagen aber nichts über die Intensität der inhaltlichen Diskussion aus.

Wirtschaftliche Akteure: Die IHK und HWK engagieren sich – u. a. aufgrund des „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes“ (AGG) – nicht explizit im Bereich der migrantischen Ökonomie (NUSSL & SCHMIZ 2013, 189 f.). Dennoch ist das Thema in den IHK präsenter als in den HWK, gerade auch aufgrund des Engagements einzelner Beschäftigter. Insofern besteht hier eine Diskrepanz zwischen der IHK als kollektivem Akteur und einzelnen Mitarbeiter/innen. In Braunschweig gibt es einige migrantische Unternehmer/innen, die Existenzgründungen begleiten und darüber hinaus generell für die migrantische Ökonomie wichtig sind. So ist ein Vertreter des „Bund Türkisch-Europäischer UnternehmerInnen“ (BTEU) seit Jahren in dieser Hinsicht äußerst aktiv. In offiziellen Gremien wie der IHK-Hauptversammlung sind migrantische Kleinst- und Kleinbetriebe dagegen kaum vertreten. Grundsätzlich ist die Klientel migrantischer Unternehmer/innen in Braunschweig breiter gefächert als in Rostock; damit ist auch die Zahl derjenigen, die sich aus diesem Kreis aktiv für (potentielle) migrantische Selbstständige einsetzen, größer.

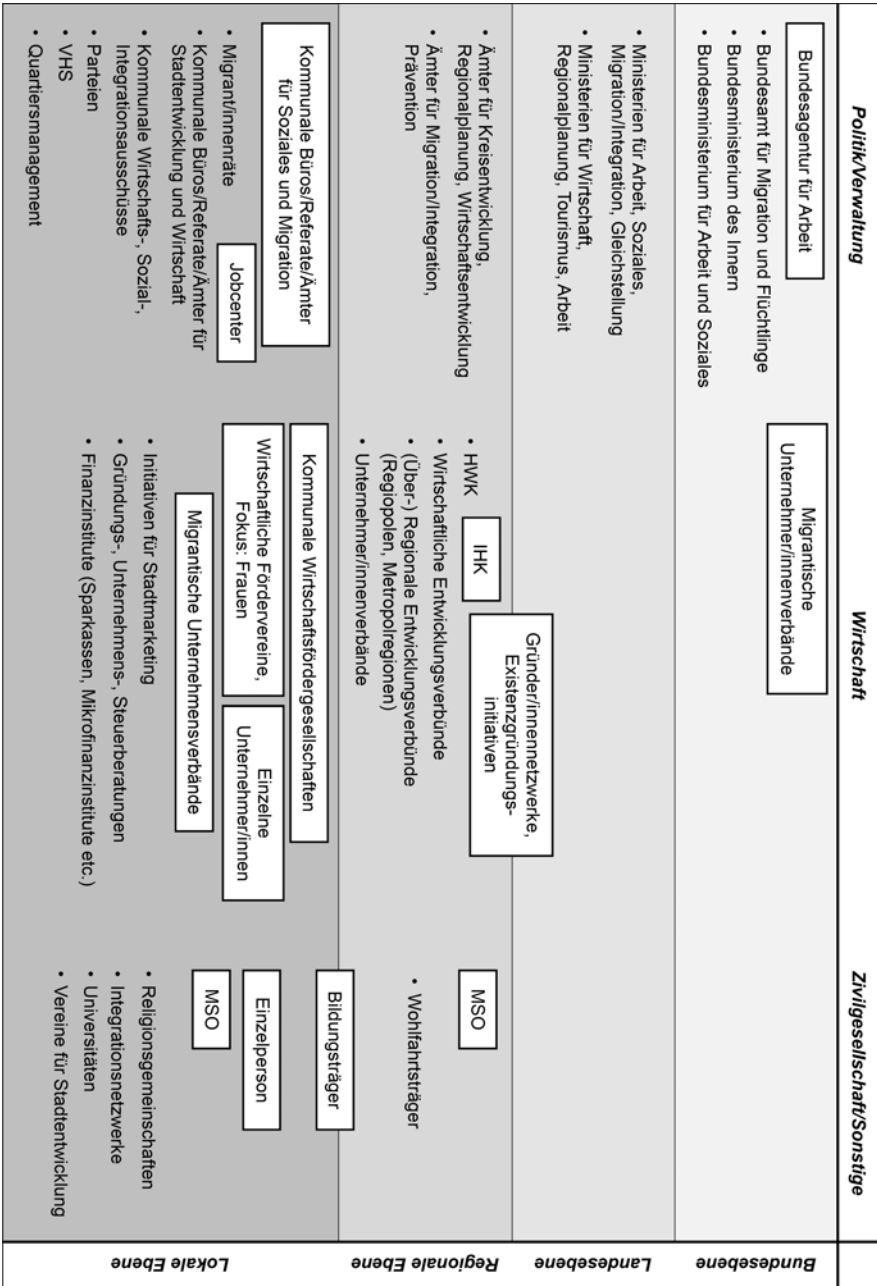


Abb. 2: Akteure im Feld „migrantisches Ökonomie“ in Braunschweig und Rostock  
 Fig. 2: Actors in the field of “migrant economy” in Braunschweig and Rostock

Zivilgesellschaftliche Akteure: Die zivilgesellschaftlichen Akteure sind als Gruppe relativ ausdifferenziert. Dies gilt für Braunschweig noch stärker als für Rostock, auch weil die Zahl der MSO hier deutlich höher ist. Inhaltlich verfolgen die verschiedenen Vereine, Bildungsträger oder Einzelpersonen zwar unterschiedliche Zielsetzungen, beschäftigen sich im Rahmen spezifischer Projekte aber durchaus mit Anliegen migrantischer Unternehmer/innen. Beispielhaft sei der Rostocker Verein *migra* genannt, der sich auch im breiteren Feld der Integration in den Arbeitsmarkt u. a. als Schaltstelle zwischen diversen Arbeitsmarktakteuren profiliert. Es gibt MSO, in denen sich auch migrantische Selbstständige engagieren. Es scheint, dass einige dieser Vereine gleichzeitig informell als Informations- und Beratungsstelle für Fragen der wirtschaftlichen Selbstständigkeit fungieren. Existenzgründungs- und Weiterbildungseinrichtungen sowie Bildungsträger besitzen bzw. besaßen einen relativ hohen Stellenwert für die Förderung migrantischer Selbstständigkeit – in Rostock etwa das „Bildungswerk der Wirtschaft“ und der Verein „Frauen in die Wirtschaft“. Zudem sind, wie bereits angemerkt, einzelne (Privat-) Personen für die Förderung migrantischer Ökonomien wichtig.

Kooperative Beziehungen in Form formeller Netzwerke sind besonders für Akteure im Bereich der Integration relevant. In Braunschweig tagt beispielsweise mindestens vierteljährlich das „Netzwerk Integration“, dem ein fester Kreis von öffentlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren angehört. Auch die MSO haben in beiden Städten/Regionen Kooperationen formalisiert. So trifft sich regelmäßig ein Netzwerk der MSO in Mecklenburg-Vorpommern. Für den Bereich Arbeitsmarkt sind in der Region Rostock und im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern die „IntegrationsFachDienste Migration“ (IFDM) und weitere bei *migra* angesiedelte Projekte von Bedeutung, wobei die konkrete Projektarbeit ebenfalls in festen Formen organisiert ist. Für den Bereich der wirtschaftlichen Selbstständigkeit ohne spezifischen Bezug zur migrantischen Ökonomie bestehen ebenfalls in beiden Städten gut ausgebaute Netzwerke – so z. B. das „Gründungsnetzwerk Braunschweig“. Der Übergang zu informellen Kooperationsbeziehungen ist hier fließend. Gerade für die integrationspolitischen Netzwerke heben die Akteure die seit Jahren gewachsene vertrauensvolle Zusammenarbeit hervor, die sich nicht auf formelle Beziehungen beschränkt. Deutlich wird, dass institutionalisierte Kooperation nur dann wirklich mit Leben erfüllt ist, wenn gleichsam im Schutzraum der formellen Kooperation, entlastet von Begründungs- und Erwartungsverpflichtungen bezüglich der Zusammenarbeit, auch informelle Beziehungen gepflegt werden.

Auch die Kontakte zur migrantischen Wirtschaft haben den Aussagen diverser Akteure zufolge häufig informellen Charakter. Die interviewten Personen nehmen nicht nur die Existenz, sondern auch die Bedeutung von informellen Beziehungsgeflechten innerhalb einzelner und zwischen verschiedenen migrantischen *communities* und Einrichtungen/Organisationen wahr – nicht nur beim Thema der Integration in den Arbeitsmarkt, sondern gerade auch bei dem der migrantischen Selbstständigkeit. Informelle (migrantische) Beziehungen werden von verschiedener Seite als Ressource bezeichnet, ohne die Probleme entweder gar nicht oder nur mit deutlich höheren Kosten bewältigt werden können.

Wettbewerbliche Beziehungen zwischen den Akteuren bestehen v. a. bei der spezifischen Ausrichtung von Integrationspolitiken und -angeboten sowie bei der Einwerbung von Finanzierungsmitteln und damit Personalstellen für einzelne Projekte zu migrantischen Ökonomien. Dabei prägt diese Konkurrenz mehr die Beziehungen zwischen den Akteuren innerhalb des Bereichs Integration und weniger die zwischen den Bereichen Wirtschaft und Integration. Es geht bei diesen Konkurrenzbeziehungen zwar in erster Linie um finanzielle und damit personelle Ressourcen, aber auch inhaltliche Differenzen führen zu konfligierenden Verhältnissen. So hatten Auseinandersetzungen über die inhaltliche Ausrichtung bestimmter Förderprojekte gerade auch für migrantische Selbstständige in Rostock sogar die Abkopplung einer bereits etablierten und die Gründung einer neuen MSO zur Folge. Eine Facette dieses Wettbewerbs drückt sich im Problem aus, für die eigenen Projekte Interessenten zu finden. So kritisierte eine Interviewpartnerin, für ein kooperativ angelegtes Förderprojekt für migrantische Gründungswillige nicht genügend Partnereinrichtungen zu finden: Jede Institution koche „so ein bisschen ihr eigenes Süppchen“ und wolle die eigenen Angebote festigen. Wettbewerbliche Beziehungen bestehen bis zu einem gewissen Grad ebenfalls zwischen den migrantischen Unternehmensberater/innen, die sich im Bereich der migrantischen Selbstständigkeit engagieren.

Migrantische Ökonomie bzw. Selbstständigkeit ist somit kein eigenständiges, etabliertes Politikfeld, sondern vielmehr ein an Bedeutung gewinnendes Querschnittsthema. Die Anzahl der kommunalen/(lokal)staatlichen und wirtschaftlichen Akteure bzw. Einrichtungen, die hier engagiert sind, ist entsprechend überschaubar. Dabei haben einzelne Mitarbeiter/innen die Potentiale migrantischer Ökonomien durchaus erkannt und wollen sich stärker engagieren. Auffallend ist, wie gering die Präsenz von migrantischen Unternehmer/innen selbst in den entsprechenden Einrichtungen ist. Daneben gibt es zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure in beiden Städten, die aber nicht fest etabliert sind, sondern meist projektbezogen arbeiten und die ihr Engagement gerade wegen dieser nur projektbedingten Finanzierungen in den letzten Jahren wohl zurückführen. Zudem ist für sie auch entscheidend, dass sie derzeit keine Bedarfe zur spezifischen Förderung migrantischer Unternehmer/innen bzw. eine mangelnde Nachfrage entsprechender Angebote wahrnehmen. Außerdem kommt es immer wieder zu spontanen Initiativen bzw. Veranstaltungen zur Förderung migrantischer Ökonomien, in die auch weitere Personenkreise eingebunden werden. Es bilden sich hier allerdings keine neuen, fest etablierten Akteure oder Governancearrangements heraus (z. B. Tag für polnische Arbeitnehmer/innen/Selbstständige, Interkulturelle Messe in Braunschweig).

Die Governancearrangements im Feld der migrantischen Ökonomie sind in Braunschweig und Rostock wesentlich durch Kooperation gekennzeichnet. Zwar gibt es feste Netzwerke im Bereich Integration, in denen Vertreter/innen aus Politik/Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in formellen Beziehungen zusammenarbeiten. Welche Bedeutung diese formellen Kooperationen für die Förderung der migrantischen Ökonomie im Besonderen haben, ist nur schwer einzuschätzen. Im speziellen Bereich der migrantischen Ökonomie gibt es dagegen keine formell institutionalisierte Struktur für die Kooperation. Für die praktische, alltägliche Arbeit sind die informellen Beziehungen – so das Ergebnis der geführten Interviews –

insgesamt wichtiger. Wettbewerbliche Beziehungen zwischen einzelnen Akteuren spielen dann eine Rolle, wenn es um die Einwerbung von Mitteln zur Finanzierung spezifischer Projekte geht. Insgesamt ist das Feld der migrantischen Ökonomien in Braunschweig und Rostock somit in erster Linie durch Kooperation, Informalität und (vernetzte) Individualität gekennzeichnet. Selbstorganisierte, quartiersbezogene Initiativen speziell zur Förderung migrantischer Selbstständigkeit gibt es kaum. Auch sind migrantische Kleinunternehmer/innen insgesamt wenig in lokal verortete Initiativen, z. B. zur Revitalisierung von spezifischen Stadtteilen, einbezogen.

Im Feld der migrantischen Ökonomien in Braunschweig und Rostock sind zahlreiche Akteure mit unterschiedlicher Relevanz und unterschiedlichen Beziehungen zueinander aktiv. Sie bilden dynamische Governancearrangements, die weder nach innen statisch strukturiert sind noch nach außen klar abgegrenzt werden können. Die Akteurskonstellationen mit Relevanz für migrantische Ökonomien lassen sich nicht auf bestimmte Politikfelder beschränken. Sie reichen vielmehr über die Grenzen der (mehr oder weniger) etablierten kommunalen Politikfelder – Integration, Stadt- und Regionalentwicklung, Wirtschaft sowie Arbeit und Soziales – hinaus. Im Feld Integration sind Kommunen z. B. „als Moderatoren von Integration“ aktiv (BOMMES 2009, 102). Letztlich ist hier die Frage relevant, welche der potentiellen Angebote Migrant/innen überhaupt nutzen, wenn sie gründen wollen oder im laufenden Betrieb Informationen und Beratung benötigen.

#### *4.2 Kommunalpolitische Ansätze zur Förderung migrantischer Ökonomien*

Eine potentialorientierte Perspektive beinhaltet nicht nur ein allgemeines Bekenntnis zu migrantischen Ökonomien, wie dieses in allgemeinen Programmatiken abgelegt werden kann. Es ist auch danach zu fragen, inwiefern konkrete politische Maßnahmen mit dem Ziel ergriffen werden, migrantische Ökonomien und Existenzgründungen zu fördern. Entscheidend ist dabei die Frage, ob es sich bei diesen Maßnahmen um generelle oder gruppenspezifische handelt. In Praxis und Wissenschaft ist durchaus umstritten, ob Regel- oder Sonderförderungen bevorzugt werden und, wenn ja, wie passgenaue Gründungsberatungen für Personen mit Migrationshintergrund gestaltet sein sollten. Zumindest aus politischer Perspektive ist dies letztlich auch eine normative Entscheidung (HUSSEINI DE ARAÚJO & WEBER 2014, 377 f.; SVR 2010). Zudem ist für öffentliche Einrichtungen eine gruppenspezifische Förderung bedingt durch das AGG vielfach nicht umsetzbar (s. o., NUSSL & SCHMIZ 2013, 190). Einige Studien legen aber nahe, dass z. B. bei sprachlichen Hürden besondere Trainings zielführend sind (DI BELLA 2013; LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 2015). Auch die interviewten Personen haben hierzu geteilte Meinungen, äußern die Sorge vor positiver Diskriminierung oder verweisen darauf, dass die Bereitstellung spezifischer Angebote nicht zu ihrem eigentlichen Tätigkeitsfeld gehöre. Trotzdem gibt es in Braunschweig und Rostock spezifische Maßnahmen, von denen einige im Folgenden dargestellt werden.

Vier übergeordnete Ausrichtungen der Förderung und Beratung von migrantischen Selbstständigen und Existenzgründer/innen durch (lokal)staatliche/öffentliche, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure auf lokaler Ebene werden unterschieden.

Tab. 1: Mögliche Politiken für migrantische Unternehmer/innen und Existenzgründer/innen auf lokaler Ebene und deren Umsetzung in Braunschweig (BS) und Rostock (HRS) (eigene Darstellung nach: DI BELLA 2013; LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 2015; RATH & SWAGERMAN 2011; REIMANN & SCHULERI-HARTJE 2009; SCHULERI-HARTJE et al. 2005; SVR 2010).

Tab. 1: Possible policies for migrant entrepreneurs at the local level and their implementation in Braunschweig (BS) and Rostock (HRS) (table adapted from: DI BELLA 2013; LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 2015; RATH & SWAGERMAN 2011; REIMANN & SCHULERI-HARTJE 2009; SCHULERI-HARTJE et al. 2005; SVR 2010).

	Programmatik und Maßnahmen	BS	HRS
<i>(1) allgemeine diskursive Programmatik</i>	Berücksichtigung in kommunalen Konzepten und Parteiprogrammen	+	+
	Verankerung als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung	-	-
	Stärkung gesellschaftlicher Präsenz und positiver Rezeption migrantischer Unternehmer/innen (z. B. durch Podiumsdiskussionen, Vorträge, Medienarbeit)	+	++
<i>(2) Institutionenorientierte Programmatik/ Maßnahmen</i>	Stärkung der interkulturellen Ausrichtung von Institutionen (interkulturelles Leitbild, mehrsprachiges Team, Sensibilisierung für migrantische Gründungsbelange)	+	+
	Erarbeitung eines Infopools für migrantische Unternehmer/innen	-	++
	Erweiterung von Kommunikationskanälen, interkulturelles Marketing (z. B. auch Nutzung Sozialer Medien)	+	++
	Kooperation mit verschiedensten Akteuren (z. B. QM, MSO, migrantischen Unternehmensverbänden)	++	++
	Kontinuität von Projekten sichern	-	-
	Erhöhung des Bestandswissens zur lokalen migrantischen Ökonomie	+	+
	Anpassung an Bedürfnisse migrantischer Unternehmer/innen (zeitlich flexibel, Einsatz mobiler Berater/innen)	+	++
	Nutzung gesetzlicher Ermessensspielräume (z. B. bei Gewährung von Gründungszuschüssen)	?	?
<i>(3) Maßnahmen, zur Verbesserung des lokalen Umfelds ("Business Environment")</i>	Berücksichtigung in Stadtentwicklung	-	-
	Verknüpfung mit Angeboten für lokale Ökonomie und den Sozialen Nahraum (auch Einbindung in Stadtteilarbeit)	+	-
	Initiierung quartiersbezogener Marketinginitiativen	+	-
	Einsatz für Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse	++	++
	Erarbeitung besonderer Kreditformen	+	-
	Angebote zur Vernetzung (auch branchenspezifisch)	+	++

	Programmatik und Maßnahmen	BS	HRS
<i>(4) Maßnahmen zur individuellen Förderung von migrantischen Unternehmer/innen bzw. Existenzgründer/innen (Informations-, Bildungs-, Beratungsangebote)</i>	Bereitstellung von Orientierungswissen (Lotsenfunktion)	+	++
	Prüfung der Gründer/innenpersönlichkeit (z. B. persönliche Qualifikationen, Ausstattung mit Human-, Sozial-, Finanzkapital, berufliche Ausgangssituation), Gründungsidee und finanziellen Lage	+	++
	Beratung bei Finanzierung und Gründungsformalitäten	+	++
	Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten (Businessplanerstellung, Marketing, Buchhaltung, Einführung in Arbeitsrecht)	+	++
	Angebot von Coaching	+	++
	Unterstützung bei Netzwerkarbeit	+	++
	Entwicklung gründungsbezogener Deutschkurse	-	+
	Unterstützung im laufenden Betrieb (z. B. Krisenmanagement) und bei Bereitstellung von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen	++	++

Diese Einteilung baut auf der Analyse verschiedener empirischer und konzeptioneller Studien zur Förderung migrantischer Ökonomien auf lokaler Ebene auf. Tabelle 1 gibt einen Überblick über mögliche programmatisch-symbolische Ausrichtungen und konkret-materielle Maßnahmen sowie deren Umsetzung in Braunschweig (BS) und Rostock (HRS):<sup>7</sup> (1) lokal verankerte, symbolische Diskussion zur Bedeutung und Förderung migrantischer Ökonomien in der Kommune, (2) institutionenorientierte Programmatiken und Maßnahmen, (3) Maßnahmen zur Verbesserung des lokalen Umfeldes für migrantische Ökonomien („Business Environment“), (4) Maßnahmen zur individuellen Förderung von migrantischen Unternehmer/innen bzw. Gründungswilligen.

Grundsätzlich besteht in der Beurteilung der lokalen Förderinfrastruktur die Schwierigkeit, zwischen allgemeinen und spezifischen Angeboten zu unterscheiden. Es wurden hier auch solche Angebote berücksichtigt, die nur projektgebunden stattfanden und teils schon wieder ausliefen. Lokale Schlüsselakteure aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in Rostock und Braunschweig betonen zwar, dass migrantische Selbstständigkeit ein relevanter Faktor sei, und tatsächlich ist sie – wie Tabelle 1 zeigt – als spezifisches Thema in entsprechenden Konzepten im Feld Integration verankert (*ad I*). Allerdings hat keine der untersuchten Rostocker oder Braunschweiger Institutionen bisher die Förderung

<sup>7</sup> Vgl. zur generellen Bedeutung und den Möglichkeiten von öffentlicher Gründungsförderung und -beratung DI BELLA 2013. Es muss auch erwähnt werden, dass es sich bei der Zielgruppe „Migrant/innen“ selbstverständlich um eine äußerst heterogene handelt und die hier systematisierten Maßnahmen einer gezielten Gründungs- und Unternehmensförderung nur als allgemeine Richtschnur gelten können. Der Faktor „Zeit“ ist insgesamt entscheidend: „Je kürzer die Selbstständigen in Deutschland sind, desto mehr nehmen sie ihren Migrationshintergrund als spezifische Herausforderung wahr“ (LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 2015, 93).



migrantischer Ökonomien explizit in ihr programmatisches Leitbild aufgenommen. Öffentliche/kommunale und wirtschaftliche Akteure engagieren sich eher informell oder projektbezogen (*ad 2*). In keiner der beiden Städte wurden migrantische Ökonomien in der Stadtentwicklung langfristig in den Blick genommen, auch wenn es v. a. im Rahmen von Bund-Länder-Programmen Ansätze dazu gab (*ad 3*). Grundsätzlich gilt, dass die Gründer/innenszenen in Rostock und Braunschweig sowie die entsprechenden Informations-, Bildungs- und Beratungsangebote für potentielle und etablierte Unternehmer/innen gut ausgebaut sind, spezifische für migrantische aber weniger gut (*ad 4*).

Zusammenfassend kann im Hinblick auf die allgemeine Programmatik der verschiedenen Akteure bzw. den generellen lokalen Diskurs festgehalten werden, dass das Thema der migrantischen Ökonomie nur sporadisch aufgegriffen wird. Die verschiedenen konkreten Maßnahmen zur spezifischen Förderung wurden tendenziell projektbezogen und unkoordiniert durchgeführt. Es gibt daher weder in Braunschweig noch in Rostock ein kohärentes Konzept oder Maßnahmenbündel, das gezielt die Zielgruppe migrantischer Gründer/innen bzw. Unternehmer/innen in den Blick nimmt.

Wenn die beiden Politikfelder Integration und Wirtschaft unter der Perspektive der migrantischen Selbstständigkeit miteinander verglichen werden, deutet sich an, dass in Rostock eine breitere Förderung im Bereich der Integration in den Arbeitsmarkt existiert, die vom Bundesland und der Kommune unterstützt wird (s. IFDMs). Selbstständigkeit als eine Möglichkeit des Zugangs zum Arbeitsmarkt ist dabei lediglich eine Option. Dagegen gibt es in Braunschweig nur ein geringer institutionalisiertes Engagement in diesem Bereich, auch wenn es in jüngster Zeit zu einigen Änderungen kam. Dennoch werden von den Arbeitsmarktakteuren auch hier diverse Projekte zum Thema Migration initiiert (z. B. mit Fokus auf den Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete). Dagegen ist die lokale Förderung von Selbstständigkeit im Allgemeinen in Braunschweig sehr gut ausgebaut. Sie ist im Politikfeld Wirtschaft angesiedelt.

In Bezug auf die Frage, inwieweit Programme, Diskurse und Maßnahmen eine potentialorientierte Perspektive auf migrantische Ökonomie ausdrücken, lässt sich – bei aller Vorsicht – festhalten, dass eine Diskrepanz zwischen den mündlichen Interviews und schriftlichen Dokumenten hinsichtlich der wahrgenommenen Potentiale für die Stadt- und Regionalentwicklung besteht. Während die Interviewten durchaus solche Potentiale sehen, dabei allerdings unterschiedliche Schwerpunkte setzen, lässt sich dies für die stadtweiten Diskurse kaum nachweisen. Zwar zeigte sich, dass manche Angebote nicht durch eine Internetrecherche, durch Strategiepapiere oder sonstige Broschüren, sondern nur durch persönlich vermittelte Informationen und dann als Teil breiter gefasster Arbeitsmarktprojekte identifizierbar sind. Die meisten Interviewpartner/innen nehmen aber die Regelförderungen als ausreichend wahr. Dabei zeigt das aktuelle Engagement bei der Gestaltung des Arbeitsmarktzugangs für Migrant/innen und bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte sowie die sich etablierenden Strukturen zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse Folgendes: Es bilden sich durchaus politikfeldübergreifende Allianzen in beiden Städten und es werden entsprechende *Agenda-setting*-Prozesse in Gang gesetzt, nicht aber zum Themenfeld der migrantischen Ökonomien.

Die ergriffenen Maßnahmen richten sich eher an Einzelpersonen und weniger an Branchen, die von Migrant/innen geprägt werden. Weder in Braunschweig noch in Rostock sind migrantische Existenzgründungen im unmittelbaren Blick arbeitsmarktpolitischer Ansätze. Die wenigen Maßnahmen zur Förderung sind v. a. im Politikfeld Integration und nicht in dem der Wirtschaft verankert und werden vornehmlich von zivilgesellschaftlichen Akteuren, Bildungseinrichtungen oder Migrationsbüros zumindest initiiert. Die Impulse zur Förderung kommen also nicht, wie es andere Studien nahelegen, vornehmlich aus der kommunalen Wirtschaft (HILLMANN 2011, 15; SCHULERI-HARTJE et al. 2005, 126). Der Umschwung von einer eher sozialen bzw. gesellschaftlichen Perspektive zu einer eher ökonomischen wird erst allmählich vollzogen, wenn sich z. B. die Braunschweiger Wirtschaftsförderung in jüngerer Zeit stärker als zuvor mit den spezifischen Fragen der migrantischen Ökonomie beschäftigt.

## 5 Fazit

Die Ergebnisse der Untersuchungen legen nahe, dass in Braunschweig und Rostock weder im Hinblick auf Governancearrangements noch in Bezug auf politische Inhalte von der Etablierung eines neuen Politikfelds Migrantische Ökonomie auszugehen ist. Die lokale Governancestruktur ist, wenn überhaupt davon gesprochen werden kann, zwar durch Kooperation, Individualität und Informalität gekennzeichnet – damit also durchaus typisch für Governancearrangements, inhaltlich zeichnet sich aber weder diskursiv noch in Bezug auf konkrete Maßnahmen eine spezifische Fokussierung auf migrantische Ökonomien ab, selbst wenn das Thema an Bedeutung gewinnt.

Implizit ist damit auch die Frage beantwortet, ob migrantische Ökonomie als Potential für die Stadtentwicklung anerkannt wird: Obwohl eine Tendenz zu einer stärker potentialorientierten Sichtweise zu erkennen ist, wird weder in Braunschweig noch in Rostock in der Stadt- und Regionalentwicklung explizit auf migrantische Unternehmer/innen Bezug genommen. In Braunschweig findet zwar – stärker noch als in Rostock – die Idee der Stadt mit kosmopolitanem Flair durchaus Anklang. Aber auch in diesem Zusammenhang rücken migrantische Unternehmer/innen als weiche Standortfaktoren nicht in den Blick, zumindest nicht in den offiziellen Politiken. Die Idee, dass Städte in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung von einer sich stetig diversifizierenden Bevölkerung profitieren können, wird bezüglich migrantischer Ökonomien nicht aufgegriffen (für andere Städte SYRETT & SEPULVEDA 2012). Weniger eindeutig stellt sich die Wahrnehmung von migrantischen Ökonomien als Potential der Stadt- und Regionalentwicklung in der Einschätzung kommunaler Schlüsselakteure dar. Hier werden durchaus solche Potentiale gesehen – in rein wirtschaftlicher, aber auch in sozialer oder kultureller Hinsicht –, wengleich immer wieder der Migrationshintergrund als Unterscheidungskriterium von selbstständigen Unternehmer/innen infrage gestellt wird (für andere Städte FÜRST & BALKE 2013; HUSSEINI DE ARAÚJO & WEBER 2014). Herausgehoben wird stattdessen die Bedeutung und Leistungsfähigkeit eines Unternehmens und einer selbstständigen Tätigkeit an sich. Zumindest ansatzweise lässt sich ein Trend von

einer eher sozialmotivierten Integrationspolitik zu einer eher potentialorientierten Wirtschaftspolitik erkennen.

Das Verhältnis der diagnostizierten neoliberalen Stadtentwicklung und den konkreten Gegebenheiten in Braunschweig und Rostock ist nicht ganz einfach zu bestimmen. Im Diskurs über die neoliberale Stadt werden Querschnitts-, Potential-, Netzwerk- und Sozialraumorientierungen lokaler Migrations- und Vielfaltspolitiken als spezifischer Ausdruck oder Teil auch unternehmerischer Stadtentwicklungen gedeutet (s. o.). Dies lässt sich für Rostock und Braunschweig mit dem spezifischen Fokus auf migrantische Ökonomien nur bedingt bestätigen. Generell richten sich die wenigen Projekte in erster Linie an individuelle Gründer/innen, weniger an bestimmte, auf spezifische Quartiere bezogene Milieus und Branchen, in denen besonders Migrant/innen aktiv sind. Der Einzelne wird als unternehmerisches Subjekt in den Blick genommen, losgelöst vom ethno-nationalen Hintergrund (RODATZ 2014), und alle Angebote zur Existenzgründung stehen auch migrantischen Unternehmer/innen zur Verfügung. Dies entspricht einerseits der Logik des „Förderns und Forderns“ und der Ökonomisierung des Sozialen (LANZ 2007, 253 ff.). Andererseits werden damit neue Handlungsspielräume für Migrant/innen eröffnet. Im Hinblick auf den im Rahmen der Entwicklung zur neoliberalen Stadt angenommenen Übergang von Government- zu Governancearrangements lässt sich konstatieren, dass in den Kommunen Integration und Wirtschaftsförderung von den entsprechenden Akteuren/Einrichtungen ernst genommen werden, eine organisatorische Infrastruktur speziell zur Förderung migrantischer Ökonomie aber nicht existiert. Kammern und Verbände sind in dieser Hinsicht allerdings sensibler geworden. Im zivilgesellschaftlichen Bereich haben sich in den letzten Jahren einige neue Akteure stärker engagiert. Es sei dahingestellt, ob sich dadurch eine Art von Selbstregulierung oder neokommunitaristischer Selbsthilfe im neoliberalen Verständnis herausgebildet hat.

Insgesamt ergibt sich aus der empirischen Studie, dass bei weiteren Forschungen zum Zusammenhang von migrantischen Ökonomien und Stadtentwicklungen kontext- bzw. raumsensibler vorgegangen werden sollte. Die Fallstudien zu Braunschweig und Rostock zeigen, dass sich die Perspektive der Inwertsetzung von migrantischen Ökonomien – so wie sie für große Großstädte herausgearbeitet worden ist („Metropolenbias“) – zumindest auf kleinere Großstädte unmittelbar kaum übertragen lässt.

## Literatur

- ALISCH, M. & M. MAY 2011: Integrationspotenziale von Zuwanderern in kleinen Städten. In: Dies. (Hrsg.): Integrationspotenziale in kleinen Städten. Rekonstruktion der Interessenorientierungen von Zuwanderern. Opladen u. a., S. 7–28 (= Beiträge zur Sozialraumforschung, 6).
- AVER, C. 2013: Migration, Ethnische Ökonomie und Stadtentwicklung. In: Informationen zur Raumentwicklung 5, S. 393–402.
- AYTAR, V. & J. RATH (Eds.) 2012: Selling Ethnic Neighborhoods. The Rise of Neighborhoods as Places of Leisure and Consumption. London.

- BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) 2014: Laufende Stadtbeobachtung – Raumabgrenzungen. Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland. URL: [http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp\\_node.html](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumb Beobachtung/Raumabgrenzungen/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp_node.html) (letzter Zugriff 10.12.16).
- BELL, D. & M. JAYNE 2009: Small Cities? Towards a Research Agenda. In: *International Journal of Urban and Regional Studies* 33, 3, S. 683–699.
- BENZ, A. & N. DOSE 2010: Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: Dies. (Hrsg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*. Wiesbaden, S. 13–36 (= *Governance*, 1).
- BOMMES, M. 2009: Die Rolle der Kommunen in der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik. In: GESEMANN, F. & R. ROTH (Hrsg.): *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*. Wiesbaden, S. 89–109.
- CAPONIO, T. & M. BORKERT (Eds.) 2010: *The Local Dimension of Migration Policymaking*. Amsterdam (= IMISCOE reports).
- DI BELLA, J. 2013: Unternehmerische Protektion. Potenziale für die Gründungsberatung von Migrantinnen und Migranten. Empirische Einblicke und neue Handlungsimpulse. Diskussionspapier. Bonn. URL: [http://www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/IQ\\_Publikationen/Thema\\_Migranten%C3%B6konomie/2013\\_Unternehmerische\\_Protektion\\_web.pdf](http://www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/IQ_Publikationen/Thema_Migranten%C3%B6konomie/2013_Unternehmerische_Protektion_web.pdf) (letzter Zugriff 10.03.16).
- FISCHER-KRAPOHL, I. & V. WALTZ 2005: Migration als Chance der Städte – ‚ethnische Ökonomie‘ neu gesehen. In: HOCHSTADT, S. (Hrsg.): *Stadtentwicklung mit Stadtmanagement? Wiesbaden*, S. 93–122.
- FLICK, U. 2006: *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Reinbek bei Hamburg.
- FLOETING, H. 2009: Selbständigkeit von Migranten und informelle Netzwerke als Ressource für die Stadtentwicklung. In: YILDIZ, E. & B. MATTAUSCH (Hrsg.): *Urban Recycling. Migration als Großstadt-Ressource*. Gütersloh u. a., S. 52–62 (= *Bauwelt-Fundamente*, 140).
- FÜRST, A. & J. BALKE 2013: Transnationales ethnisches Unternehmertum. Das Fallbeispiel türkischstämmiger Unternehmer in Duisburg-Marxloh. In: *Raumforschung und Raumordnung* 71, 3, S. 247–259.
- FÜRST, D. 2010: Regional Governance. In: BENZ, A. & N. DOSE (Hrsg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*. Wiesbaden, S. 49–68 (= *Governance*, 1).
- GANS, P. & C. SCHLÖMER 2014: Phasen internationaler Migration und ihre Auswirkungen auf Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland seit 1945. In: GANS, P. (Hrsg.): *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration*. Hannover, S. 127–161 (= *Forschungsberichte der ARL*, 3). URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-07540> (letzter Zugriff 15.06.16).
- GLÄSER, J. & G. LAUDEL 2010: *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Wiesbaden.
- GLICK SCHILLER, N. & A. Çağlar 2011: Downscaled Cities and Migrant Pathways. Locality and Agency without an Ethnic Lens. In: Dies. (Eds.): *Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants*. Ithaca u. a., S. 190–212.
- GLICK SCHILLER, N. & A. Çağlar 2009: Towards a Comparative Theory of Locality in Migration Studies. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 35, 2, S. 177–202.
- HANSESTADT ROSTOCK 2014: Integrationskonzept der Hansestadt Rostock ‚Zukunft in Vielfalt‘. Rostock. URL: [http://rathaus.rostock.de/sixcms/media.php/1068/Integrationskonzept\\_HRO.pdf](http://rathaus.rostock.de/sixcms/media.php/1068/Integrationskonzept_HRO.pdf) (letzter Zugriff 08.10.16).

- HARVEY, D. 1989: From Managerialism to Entrepreneurialism. The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: *Geografiska Annaler Series B* 71, 1, S. 3–17.
- HÄUSSERMANN, H. & A. KAPPHAN 2008: Integrationspolitik der Städte – ein Paradigmenwechsel. In: BOMMES, M. & M. Krüger-Potratz (Hrsg.): *Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven*. Frankfurt/Main, S. 15–47.
- HEEG, S. & M. ROSOL 2007: Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: *Prokla* 37, 4, S. 491–509.
- HENN, S. 2010: Ethnische Ökonomie – Struktur und wirtschaftliche Bedeutung. In: Ders. & M. BEHLING (Hrsg.): *Aspekte integrierter Stadtteilentwicklung. Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Leipziger Osten*. Berlin, S. 151–197.
- HILLMANN, F. 2011: Marginale Urbanität – Eine Einführung. In: Dies. (Hrsg.): *Marginale Urbanität. Migrantisches Unternehmertum und Stadtentwicklung*. Bielefeld, S. 9–21.
- HOLTKAMP, L. 2007: Local Governance. In: BENZ, A. et al. (Hrsg.): *Handbuch Governance*. Wiesbaden, S. 366–377.
- HUSSEINI DE ARAÚJO, S. & F. WEBER 2014: „Migrantenökonomien“ zwischen Wirtschaftsförderung und Diskriminierung – eine empirische Fallstudie am Beispiel der Stadt Nürnberg. In: GANS, P. (Hrsg.): *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration*. Hannover, S. 365–380 (= Forschungsberichte der ARL, 3). URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-07540> (letzter Zugriff 15.06.16).
- ISM. Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. (2012): Fachkommentar. Neue Chancen für Selbstständige im Leistungsbezug. URL: [http://www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Fachstelle\\_Migrantenoeconomie/Brosch%C3%BCren/Fachkommentar\\_SGB\\_II\\_Selbststaendige\\_im\\_Leistungsbezug\\_\\_16c.pdf](http://www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Fachstelle_Migrantenoeconomie/Brosch%C3%BCren/Fachkommentar_SGB_II_Selbststaendige_im_Leistungsbezug__16c.pdf) (letzter Zugriff 28.03.17).
- IQ (Integration durch Qualifizierung) (2016): Fachstelle Migrantenökonomie. URL: <http://www.netzwerk-iq.de/fachstelle-migrantenoeconomie.html> (letzter Zugriff 10.03.16).
- JESSOP, B. 2002: Liberalism, Neoliberalism and Urban Governance. A State-Theoretical Perspective. In: *Antipode* 34, 3, S. 452–472.
- KAYSER, P. et al. 2008: Ethnische Ökonomie als Chance der Standortentwicklung. Untersuchung zu den regionalen Potenzialen der ethnischen Ökonomie im Bezirk Mitte von Berlin. Berlin (= fhtw-transfer, 54).
- KOOIMAN, J. 2003: *Governing as Governance*. London.
- LAMNEK, S. 2010: *Qualitative Sozialforschung*. Weinheim u. a.
- LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN 2015 (Hrsg.): *Brücken bauen. Migrantenunternehmen in München. Eine explorative Studie*. München. URL: <http://www.wirtschaft-muenchen.de/publikationen/pdfs/migrantenstudie.pdf> (letzter Zugriff 15.06.16).
- LANZ, S. 2007: *Berlin aufgemischt: abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt*. Bielefeld.
- LEICHT, R. & M. LANGHAUSER 2014: *Ökonomische Bedeutung und Leistungspotenziale von Migrantenunternehmen in Deutschland*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10948.pdf> (letzter Zugriff 10.12.16).
- MAYNTZ, R. 2010: Governance im modernen Staat. In: Benz, A. & N. Dose (Hrsg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*. Wiesbaden, S. 37–48 (= Governance, 1).
- NUSSL, H. & A. SCHMIZ 2015: Die migrantische Ökonomie als Potential der räumlichen Entwicklung. In: *Geographische Rundschau* 67, 4, S. 26–32.
- NUSSL, H. & A. SCHMIZ 2013: Migration als Potenzial der kommunalen Entwicklung – Lokale Ansätze zur Unterstützung von ökonomischen Akteuren mit Migrationshintergrund. In: *Raumforschung und Raumordnung* 71, 3, S. 181–193.

- NUSSL, H. & D. HEINRICHS 2006: Zwischen Paradigma und heißer Luft: Der Begriff der Governance als Anregung für die räumliche Planung. In: ALTROCK, U. (Hrsg.): Spar-samer Staat – schwache Stadt? Kassel u. a., S. 51–72 (= Planungs-rundschau, 13).
- PRZYBORSKI, A. & M. WOHLRAB-SAHR 2014: Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. München (= Lehr- und Handbücher der Soziologie).
- PÜTZ, R. & M. RODATZ 2013: Kommunale Integrations- und Vielfaltspolitiken im Neo-liberalismus. Zur strategischen Steuerung von Integration in deutschen Großstädten. In: Geographische Zeitschrift 101, 3+4, S. 166–183.
- RATH, J. & A. SWAGERMAN 2011: Promoting Ethnic Entrepreneurship in European Cities. Luxembourg.
- REIMANN, B. & U. SCHULERI-HARTJE 2009: Selbstständigkeit von Migranten – ein Motor für die Integration? Bedingungen und Perspektiven. In: GESEMANN, F. & R. ROTH (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden, S. 497–515.
- RODATZ, M. 2014: Migration ist in dieser Stadt eine Tatsache. Urban Politics of Citizenship in der neoliberalen Stadt. In: sub|urban 2, 3, S. 35–58.
- RODATZ, M. 2012: Produktive „Parallelgesellschaften“. Migration und Ordnung in der (neoliberalen) „Stadt der Vielfalt“. In: Behemoth. A Journal on Civilisation 5, 1, S. 70–103.
- SALHEISER, A. 2014: Natürliche Daten. Dokumente. In: BAUR, N. & J. BLASIUŠ (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, S. 813–827.
- SCHARPE, F. W. 2000: Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen.
- SCHMIZ, A. 2011: Transnationalität als Ressource? Netzwerke vietnamesischer Migrantinnen und Migranten zwischen Berlin und Vietnam. Bielefeld.
- SCHNEIDER, V. & F. JANNING 2006: Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. Wiesbaden (= Grundwissen Politik, 43).
- SCHULERI-HARTJE, U. et al. 2005: Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab. Darmstadt u. a. (= Praxis und Theorie).
- STADT BRAUNSCHWEIG (Referat Stadtentwicklung und Statistik) 2016: Bevölkerung mit erweitertem Migrationshintergrund in Braunschweig am 31.12.2015. In: Stadtforschung aktuell 6 (4. Februar). URL: [http://www.braunschweig.de/politik\\_verwaltung/fb\\_institutionen/fachbereiche\\_referate/ref0120/stadtforschung/Infoline\\_Stafo\\_2016\\_06\\_MIGRAPRO\\_2015.pdf](http://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/fb_institutionen/fachbereiche_referate/ref0120/stadtforschung/Infoline_Stafo_2016_06_MIGRAPRO_2015.pdf) (letzter Zugriff 08.10.16).
- STATISTISCHES BUNDESAMT 2016: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Mikrozensus. Wiesbaden. URL [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220157004.pdf?\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220157004.pdf?_blob=publicationFile) (letzter Zugriff 12.12.16).
- STOCK, M. 2013: Der Geschmack der Gentrifizierung. Arabische Imbisse in Berlin. Bielefeld.
- SVR (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration) 2010: Wirtschaftliche Selbstständigkeit als Integrationsstrategie – eine Bestandsaufnahme der Strukturen der Integrationsförderung in Deutschland. Berlin.
- SYRETT, S. & L. SEPULVEDA 2012: Urban Governance and Economic Development in the Diverse City. In: European Urban and Regional Studies 19, 3, S. 238–253.
- ULLRICH, C. 1999: Deutungsmusteranalyse und diskursives Interview. In: Zeitschrift für Soziologie 28, 6, S. 429–447.
- WEBER, H. 1993: Eingewandert: Geschichte und Lebenssituation von ArbeitsmigrantInnen in Braunschweig.

- WITZEL, A. 2000: Das problemzentrierte Interview. In: Forum Qualitative Sozialforschung 1, 1, Art. 22. URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228> (letzter Zugriff 30.09.2016).
- YILDIZ, E. 2011: Migration und Diversität als urbane Ressource. In: HERRMANN, H. et al. (Hrsg.): Die Besonderheit des Städtischen. Entwicklungslinien der Stadtsoziologie. Wiesbaden, S. 125–143 (= Stadt, Raum und Gesellschaft, 28).